



## Pressemitteilung

### **Inklusion an Essener Gymnasien: Bildungsgewerkschaft GEW fordert massive Ausweitung und lang- fristige Absicherung der Ressourcen für Inklusionsschulen**

Der Essener Stadtverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bedauert den Ausstieg aller Essener Gymnasien aus der schulischen Inklusion und erhebt heftige Vorwürfe an die Landesregierung.

Die GEW spricht von „aktueller Not“ und macht die Neuausrichtung der NRW-Inklusionspolitik für die völlig unzureichenden Lehr- und Lernbedingungen an den engagierten Gymnasien verantwortlich.

Markus Ramspott, Lehrer für Sonderpädagogik am Alfred Krupp Gymnasium (AKS) und GEW Mitglied erläutert: „Die in den letzten Jahren gut funktionierende Inklusion an der AKS ist aufgrund der aktuell beschlossenen schulpolitischen Vorgaben nun so nicht mehr möglich. Für die Kolleginnen und Kollegen der Schule steht zusehends die gute Arbeit der letzten neun Jahre zur Disposition. Des Weiteren wird der Ausstieg der Gymnasien aus dem zieldifferenten inklusiven Prozess nicht zu einer Verbesserung der Stellenbesetzung an Förderschulen führen, da diese ebenso drastisch unterbesetzt sind und durch einige wenige zusätzliche Lehrerstellen keinerlei Besserung verspüren werden. Allen Schulen ist gemein, dass der signifikante Lehrermangel in nahezu allen Schulformen Ausdruck der verfehlten Ausbildungspolitik der letzten zehn bis fünfzehn Jahre ist.“

So sei der Ausstieg der Gymnasien besonders ärgerlich, da sich engagierte und hochmotivierte Kollegien auf den Weg gemacht hätten – auch angeregt mit dem Versprechen auf massive Unterstützung des Projekts. Als die Inklusion angelaufen sei, habe man landesseitig Ressourcen beschnitten und die Verhältnisse untragbar werden lassen. So seien allein die für die Essener Grundschulen notwendigen 100 Sonderpädagog/innen-Stellen nur zu 60% besetzt. Für 2019 ständen im Landesetat nur 76 neue Sonderpädagog/innen-Stellen zur Unterstützung der Förderschulen bereit – für ganz NRW!

In einem Antrag an den im Mai in Essen stattfindenden NRW-Gewerkschaftstag der GEW erstellte der Essener Stadtverband angesichts der jüngsten Erfahrungen einen umfangreichen Forderungskatalog an die Landesebene.

Neben der Erstellung eines langfristigen Inklusionsplans für NRW mit einer massiven Ausweitung der finanziellen und personellen Mittel, fordert die Essener GEW eine Konkretisierung der Qualitätsstandards für Schulen des Gemeinsamen Lernens und die Weiterentwicklung der Förderschulen zu Förderzentren. Besonders wichtig sei die schonungslose Analyse und ehrliche Offenlegung des Ist-Zustandes an den Schulen mit Gemeinsamen Lernen.

Markus Ramspott.: „Der Ausstieg der Essener Gymnasien aus dem inklusiven Prozess sollte allen politisch Verantwortlichen dahingehend ein Weckruf sein, als dass die verbleibenden Schulformen diesen Prozess in naher Zukunft allein werden stemmen müssen. Wenn 33 Prozent der verfügbaren Schulplätze in der Sekundarstufe I sich aus dem zieldifferenten Inklusionsprozess heraushalten werden, ist nicht von einer zufriedenstellenden Schülerzuweisung an die jeweils gewünschte inklusive Schule auszugehen. Daher ist zu erwarten, dass die Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf diesen von der Landesregierung eingeschlagenen Weg zutiefst ablehnen und die Rücknahme dieser Maßnahme fordern werden.“